

«Die Personenfreizügigkeit ist nicht verhandelbar!»

Gewerbeverbands-Direktor und FDP-Nationalratskandidat Hans-Ulrich Bigler stellt sich gegen die SVP.

INTERVIEW: PHILIPPE PFISTER UND ROMAN SEILER; FOTOS: SABINE WUNDERLIN

Herr Bigler, ein Euro ist noch 1.17 Franken wert. Und Ende Jahr?

Hans-Ulrich Bigler: Zu einem Höhenflug wird er nicht ansetzen. Ob es zur Parität kommt – ein Euro, ein Franken –, das wird sich weisen.

Sie scheinen pessimistisch. Wie schlimm ist das für die Schweizer KMU?

Die Entwicklung trifft nicht nur die Exportwirtschaft und den Tourismus, sondern auch die Binnenwirt-

schaft. Das macht mir grosse Sorgen. Hiesigen Unternehmen droht, dass sie schleichend Aufträge verlieren, weil ihre exportorientierten Abnehmer mehr im Ausland einkaufen.

Kennen Sie Beispiele?

Peter Spuhler hat öffentlich gesagt, dass er für seine Stadler Rail mehr im Ausland einkaufen will. Kleine Betriebe aus der Maschinenindustrie, die über Swissmech bei uns organisiert sind, verlieren deswegen Umsatz. Umgekehrt verbünden sich Schweizer Firmen miteinander und kaufen zusammen im Ausland ein.

Wie viele Arbeitsplätze kilt die Währungskrise 2012?

Hoffentlich möglichst wenige. Problematisch ist das Tempo des Eurozerfalls – das geht dramatisch schnell. Hat die Exportwirtschaft genügend Zeit, sich

auf neue Rahmenbedingungen einzustellen, geht sie dank Kostensenkungsprogrammen und der Entwicklung neuer Produkte sowie Fertigungsprozessen stets gestärkt aus Krisen hervor.

Die Zeit fehlt offensichtlich. Was lässt sich in diesem Fall tun?

Die Politik muss unnötige Regulierungen zurückfahren, damit die Unternehmer arbeiten können, statt Formulare auszufüllen. Und die Industrie sollte erst auf der Basis der Sozialpartnerschaft versuchen, die Arbeitszeit zu verlängern. So lässt sich die Produktivität steigern. Befristete Lohnanpassungen dürfen kein Tabu sein.

Die Arbeitnehmer müssen mit Lohnabbau rechnen?

Wenn Firmen wegen Margensenkungen Verluste machen, müssen sie reagieren. Nur so lassen sich die Ertragslage und die Arbeitsplätze erhalten. Dafür müssen sie den Arbeitern in guten Zeiten auch entgegenkommen.

Und wie viele Stunden mehr pro Woche sind zumutbar?

Beispielsweise 42 statt 40 Stunden. Das sieht aber bei jeder Firma anders aus. Es braucht individuelle Lösungen auf der Basis der Gesamtarbeitsverträge.

Im Raum steht die Forderung, «Langarbeit» wie Kurzarbeit über die Arbeitslosenversicherung zu finanzieren, um Lohneinbussen abzufedern.

Davon halte ich nichts. So häuft man nur neue Schulden bei der ALV an. Die muss man irgendwann begleichen. Wir sind dran, die Arbeitslosenkasse zu sanieren. Das sollten wir jetzt durchziehen.

Nichts tun sei auch die Devise von FDP-Bundesrat Johann Schneider-Ammann, sagen Kritiker. Teilen Sie die Kritik?

Nein. Weil die Währungskrise ein akutes Problem ist, werden kurzfristige Massnahmen gefordert. Damit löst man aber nichts. Wir unterstützen deshalb, wenn die Politik nicht interveniert. Nichts tun ist aber das Schwierigste.

Ist das auch gute Politik?

Wachstumspolitik, die greift, ist stets langfristig ausgelegt. Wie man das erfolgreich macht, hat sich während der Finanzkrise gezeigt. Auch damals verzichtete man auf ein kurzfristig wirksames Konjunk-

turpaket von sechs bis sieben Milliarden Franken. Heute stehen wir hervorragend da! Wir sitzen nicht auf Schuldenbergen. Tragisch ist: Jetzt sind wir das Opfer unseres eigenen Erfolgs. Der Franken wird zum Fluchthafen.

Forderungen gibt es im Dutzendpack – an die Adresse des Bundesrats wie der Nationalbank. Gibt es keine, die unterstützenswert sind?

Zentral ist, dass die Unabhängigkeit der Schweizerischen Nationalbank gewährleistet bleibt, damit sie nicht in den Sog der Politik gerät. Das oberste Ziel der Nationalbank muss die Preisstabilität bleiben. Alle vorgeschlagenen Massnahmen gefährden deren Unabhängigkeit und setzen die Preisstabilität aufs Spiel. Wenn die Politik beginnt, in der Währungspolitik mitzumischen, spielen wahltaktische Interessen mit. Dann sind die Volkswirtschaft und die Arbeitsplätze viel gefährdeter.

Nicht nur Firmen kaufen mehr im Ausland ein, auch die Konsumenten. Bei uns sinken die Preise von Importwaren kaum. Wer füllt sich die Taschen?

Primär die ausländischen Lieferanten und die Importeure. Jetzt müssen die Wettbewerbskommission und der Preisüberwacher genauer hinsehen und überprüfen, wo Währungsvorteile nicht weitergegeben werden. Die Weko hat keinen Grund, nicht aktiver zu werden. Wir haben hier ein Vollzugsproblem.

Die SVP, die Partei Ihres Präsidenten, Bruno Zuppiger, greift die Personenfreizügigkeit und damit die bilateralen Verträge mit der EU an. Unterstützt Ihr Verband den Kampf gegen die Personenfreizügigkeit?

Für uns ist nicht massgebend, was die SVP will. Der Gewerbeverband steht glasklar zu den Bilateralen und der Personenfreizügigkeit. Sie bildet die Grundlage des flexiblen Arbeitsmarkts. Das ist einer der Wachstumstreiber in der Schweiz. Es wäre falsch, am Ast zu sägen, auf dem man sitzt. Daher ist für uns die

Personenfreizügigkeit nicht verhandelbar.

Ist die SVP, welche diese Erfolgsgeschichte bekämpft, noch eine Wirtschaftspartei?

Wir machen im Gewerbeverband Interessenpolitik für die KMU – über alle bürgerlichen Parteien hinweg. Für uns ist daher nicht erheblich, wer die Wirtschaftspartei ist.

Die Personenfreizügigkeit ist für Sie sakrosankt. Die Partei Ihres Präsidenten greift sie an. Wie erklären Sie das Mitgliedern?

Es gibt Kreise, die gerne einen politischen Dissens heraufbeschwören würden, um den Gewerbeverband zu schwächen. Hinter der strategischen Stossrichtung betreffend Personenfreizügigkeit steht auch der Präsident.

Ohne Wenn und Aber?

Er will zu Recht, dass man eine Auslegeordnung macht und die verschiedenen Probleme diskutiert, beispielsweise das Bevölkerungswachstum, Fragen zur Mobilität und zur Raumplanung sowie der Wohnungsentwicklung. Das ist legitim.

Nun stöhnt insbesondere Ihre Bau-Klientel, dass sie Aufträge verliert an Lohndumper aus dem EU-Raum.

Wir müssen verhindern, dass ein Arbeitnehmer als Scheinselbständiger kommt und zu Tieflohnen arbeitet. Das ist eine unerwünschte Konkurrenz hiesiger Arbeitnehmer. Das bekämpfen wir.

Zu wenig, kritisieren Gewerkschafter.

Wir konnten zusammen mit den Gewerkschaften erfolgreich Druck machen. Das Staatssekretariat für Wirtschaft, das Seco, will das korrigieren, aber zu lasch! Wir verlangen, dass der Nachweis der Selbstständigkeit in zwei und nicht in drei Tagen erfolgen muss. Sonst ist der weg, bevor der Nachweis erfolgt ist. Zudem muss man jemanden wegweisen können, der den Nachweis nicht erbringt. Obendrein verlangen wir die Zahlung

von Kautionen. Das alles ist im Gesetz vorgesehen. Jetzt muss der Vollzug verschärft werden!

Ihre Partei, die FDP, überlässt das Feld bei der Personenfreizügigkeit der SVP. Das ist ein Zeichen von Schwäche.

Wir müssen nicht den gleichen Slogans aufsitzen wie die SVP. Für die FDP ist die Erhaltung und Schaffung neuer Arbeitsplätze ein zentrales Ziel. Das bedingt die Personenfreizügigkeit. Aber wir setzen die Gewichte anders. Die FDP verlangt mit ihrer Bürokratie-Stopp-Initiative den Abbau unnötiger Regulierungen. Das bringt langfristig Wachstum.

Was bringt das Ihren Mitgliedern, den KMU?

In einer Studie wiesen wir nach, dass sich die Regulierungskosten auf Stufe Bund, Kantone und Ge-

meinden für die Unternehmer, die Verwaltung und die Bürger auf rund 50 Milliarden Franken belaufen. Das sind zehn Prozent des Bruttoinlandprodukts. Wir verlangen nun eine Reduktion um netto 20 Prozent. Das bringt zwei Prozent Wirtschaftswachstum, ohne dass jemand etwas verliert.

Problematisch sind Bauvorschriften, die auch Sanierungen erschweren, welche die Energieeffizienz von Gebäuden verbessern.

Wir haben 140 000 Gesetzesartikel, welche die Bauvorschriften enthalten. Ein Wahnsinn! Wenn man Verbesserungen betreffend Klimaschutz will, muss man diese Auflagen radikal zurückfahren. Dann hat der Eigner einen Anreiz, Geld zu investieren und zu sanieren. 1,5 Millionen Gebäude wären sanierungsbedürftig. Saniert werden nur ein Prozent davon. Hier könnte man

die Binnenwirtschaft stärken.

Sie kandidieren auf der Zürcher FDP-Liste für den Nationalrat. Ihre Partei ist in der Krise. Wie schneidet sie im Oktober ab?

Sie kann ihren Wähleranteil halten. Das wäre ein Erfolg.

Privat sind Sie Harley-Fahrer. Kommen Sie neben Wahlkampf und Kampf für die KMU noch dazu, über Pässe zu donnern?

Das steht momentan nicht im Vordergrund. Geplant ist eine Eintages-Tour über Susten, Grimsel und Furka.

Dafür sind die Ferien kürzer?

Ich bin jetzt zweieinhalb Wochen zum Teil zu Hause, zum Teil am Thunersee. Aber nicht wegen der Währungskrise. Ich verbrachte schon letztes Jahr so meine Ferien. ●



Bigler Persönlich

Hans-Ulrich Bigler (53) ist seit Juli 2008 Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbands (SGV), der die Interessen von gegen 300 000 kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) vertritt. Aus seiner zweijährigen Tätigkeit als Swissmem-Direktor kennt er die Nöte der exportorientierten Elektro-, Maschinen- und Metallindustrie. Zuvor war er Direktor des Unternehmensverbands der Schweizer Druckindustrie (Viscom). Bigler ist verheiratet und Vater dreier Kinder. Der FDP-Nationalratskandidat wohnt im Zürcher Säuliamt. Er studierte in Bern Ökonomie und absolvierte an der Harvard Business School ein Management-Ausbildungsprogramm. ●



**Im Sturm:
Gewerbeverbands-
Direktor Hans-
Ulrich Bigler am
letzten Mittwoch
auf dem Dach des
Ringier-
Pressehauses in
Zürich.**

Hans-Ulrich Bigler über Euro, FDP und Vorschriften-Wahnsinn



« Zu einem Höhenflug wird der Euro nicht ansetzen »

« Wir haben 140 000 Gesetzesartikel, welche Bauvorschriften enthalten. Ein Wahnsinn! »



« Die FDP kann ihren Wähleranteil halten »

